

Civis mit Sonde

Zur Debatte um das Grundsatzprogramm der CDU

Datum Donnerstag, 13. Juli 2006 - 18:30

Artikelbereich Union

von Tamara Zieschang

Die CDU will ihr Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“ aus dem Jahr 1994 in den nächsten zwei Jahren intensiv diskutieren, überarbeiten und weiterentwickeln. Der Auftrag lautet, „neue Fragen aufzugreifen, die sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen. Dies gilt für die notwendige Weiterentwicklung der Sozialen Marktwirtschaft, die Frage nach dem Zusammenhalt in unserer Gesellschaft, die Frage ‚Was ist sozial im 21. Jahrhundert?‘, für den Dialog der Kulturen und Religionen ebenso wie für den Dialog der Generationen zur Frage der demographischen Entwicklung und ihrer Folgen für das zukünftige Zusammenleben der Menschen in Deutschland.“

Die Zeit für die Diskussion über das Grundsatzprogramm ist mit zwei Jahren knapp bemessen, der Fahrplan der Beratungen ist eng gesteckt: Mitte Februar 2006 fand eine erste „Wertekonferenz“ als Auftakt der Programmdiskussion statt. Ende April 2006 wurde die Grundsatzprogrammkommission eingesetzt, zeitnah folgen fünf Regionalkonferenzen. Bis Frühjahr 2007 soll eine Rohfassung des überarbeiteten Grundsatzprogramms vorgelegt und Ende 2007 soll das neue Grundsatzprogramm beschlossen werden.

Auch wenn der zeitliche Rahmen für die Programmdiskussion kurz, zu kurz bemessen ist: Die Entscheidung für eine Überarbeitung und Fortschreibung des Grundsatzprogramms ist richtig. Das 94er Grundsatzprogramm ist in vielerlei Hinsicht (und verständlicherweise) geprägt vom Glücksfall der deutschen Einheit, dem Scheitern des Sozialismus und dem Ende der Ost-West-Auseinandersetzung. Dabei traten sich Anfang der 90er Jahre schon andeutende politische Herausforderungen, wie z.B. die Auswirkungen der demographischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme oder die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus, in den Hintergrund.

Zu Beginn der Diskussion über die Fortschreibung des Grundsatzprogramms sollte daher auch überlegt werden, das Grundsatzprogramm deutlich zu verschlanken. Je umfangreicher und detailreicher das Grundsatzprogramm ist, desto eher droht es zu veralten und bedarf der erneuten Überarbeitung. Das christliche Verständnis vom Menschen als Ausgangspunkt und Grundlage christdemokratischer Politik, die Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit und das Bekenntnis zur offenen, freiheitlichen Gesellschaft hingegen sind zeitlos. Aussagen und Forderungen zu einzelnen Politikfeldern, die über unverrückbare Grundsätze hinausgehen und tagesaktuellen Diskussionen geschuldet sind, sollten daher als Fachprogramme außerhalb des Grundsatzprogramms beschlossen werden.

Was muss die Diskussion über
das Grundsatzprogramm leisten?

Die Debatte über das Grundsatzprogramm, der „Königsdisziplin der Parteien“ (Ronald Pofalla) muss das programmatische Profil der CDU schärfen. Nach der Bundestagswahl 2005 ist vielfach der Vorwurf erhoben worden, die Union habe sich im Wahlkampf thematisch zu sehr auf wirtschafts- und finanzpolitische Themen beschränkt. Es soll hier dahin stehen, ob im letzten Bundestagswahlkampf angesichts von über fünf Millionen Arbeitslosen, einer ausufernden Staatsverschuldung und für jedermann offensichtlichen Problemen in den sozialen Sicherungssystemen ein Zuviel an Diskussion über mehr Arbeitsplätze, eine Sanierung der öffentlichen Finanzen und eine Reform der Gesundheitswesens überhaupt denkbar war (das „Wie“ nicht aber die inhaltliche Schwerpunktsetzung des Bundestagswahlkampfes sollte

Ausgangspunkt für Kritik sein). Fest steht jedenfalls, dass die Debatte über das politische Koordinatensystem der Union eine Chance ist, den Bürgern die auf einem festen Wertefundament verankerte christdemokratische Politik in ihrer ganzen thematischen Breite zu vermitteln und in Erinnerung zu rufen. Dabei gilt es selbstverständlich auch, die grundsätzlichen und richtigen Überlegungen aus dem (auf dem Leipziger Bundesparteitag gefassten) Beschluss „Deutschland fair verändern“ zur Reform der sozialen Sicherungssysteme und die hier getroffenen Aussagen zur Leistungsgerechtigkeit und Generationengerechtigkeit in das Grundsatzprogramm einzuarbeiten.

Die Diskussion über das Grundsatzprogramm muss die innerparteiliche Streit- und Diskussionskultur stärken und den Dialog mit Bürgern und Institutionen aus dem vorpolitischen Raum beleben. Ein konstruktiv geführter Streit über die prägenden Wurzeln der CDU, über die Entfaltungsmöglichkeiten des Einzelnen, die Rahmenbedingungen für eine familienfreundliche Gesellschaft oder die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft muss als Chance verstanden werden, einem Bedeutungsverlust der Volksparteien offensiv entgegen zu treten. Das so nicht erwartete Bundestagswahlergebnis für die Union ist schließlich auch Ausdruck einer vor Ort gelegentlich leblos und in sich zurückgezogen wirkenden Partei. Die innerparteiliche Diskussion des Grundsatzprogramms darf daher nicht nur auf Regionalkonferenzen, sondern muss insbesondere intensiv in den Orts- und Kreisverbänden und dort mit Kirchen, Bürgerinitiativen, Unternehmern, Vereinen usw. vor Ort geführt werden. Nur der offene und lebendige Austausch der CDU-Mitglieder über die Grundlagen christdemokratischer Politik wird hervorheben, was uns verbindet, und wird zugleich die Trennlinien zu konkurrierenden Parteien aufzeigen. Dies gilt umso mehr, als auch die SPD in den nächsten zwei Jahren ihr Grundsatzprogramm diskutiert.

„Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“

Die Grundwerte der CDU: Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit stehen nicht zur Disposition. In der Diskussion der kommenden Monate kann es (nur) darum gehen, das Spannungsverhältnis, in dem die Grundwerte zueinander stehen, zu diskutieren und davon ausgehend Handlungsfelder der Politik vor dem Hintergrund veränderter gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Rahmenbedingungen einer kritischen Bestandsaufnahme zu unterziehen. Dass dabei dem Spannungsverhältnis der Grundwerte „Freiheit“ und „Gerechtigkeit“ besondere Bedeutung zukommt, deutet bereits das Motto zum Auftakt der Grundsatzprogrammdiskussion „Neue Gerechtigkeit durch mehr Freiheit“ an.

Auch wenn die frühzeitige Besetzung des Begriffs „Neue Gerechtigkeit“, ohne dass dessen inhaltliche Ausprägung klar erkennbar ist, eher bedenklich ist, zielt dieser Begriff gleichwohl zu recht auf eine deutliche Abgrenzung zur SPD. Diese will mit ihrem Grundsatzprogramm „neue Antworten auf die Fragen der sozialen Gerechtigkeit im 21. Jahrhundert“ geben. Damit macht die SPD einen schillernden und im letzten Bundestagswahlkampf inflationär verwendeten Begriff zum Schwerpunkt ihres Programms. Unter Berufung auf „soziale Gerechtigkeit“ war alles erlaubt – von der Forderung, Hartz IV abzuschaffen oder eine Reichensteuer einzuführen, bis hin zur Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Arbeitsplatz gab es kein Tabu.

„Mehr als zehn Jahre lang habe ich mich intensiv damit befasst, den Sinn des Begriffs ‚soziale Gerechtigkeit‘ herauszufinden. Der Versuch ist gescheitert; oder besser gesagt, ich bin zu dem Schluss gelangt, dass für eine Gesellschaft freier Menschen dieses Wort überhaupt keinen Sinn hat.“. Mit diesen Worten kommentiert Friedrich A. von Hayek seine Kritik an der „Illusion der sozialen Gerechtigkeit“. Von Hayek wies stets darauf hin, dass der Begriff der „sozialen Gerechtigkeit“ im gängigen Sprachgebrauch auf die Bewertung eines Zustands als gerecht oder ungerecht ausgerichtet ist. Hieran hat sich bis heute nichts geändert. Wird ein Zustand wie z.B. die Gehälter von Spitzensportlern oder Topmanagern als sozial ungerecht deklariert, wird umgehend die Forderung laut, deren Einkommen z.B. durch Einführung einer Vermögenssteuer neu, also „gerecht“ zu verteilen. Der persönliche Einsatz, die in Kauf genommenen Strapazen des Einzelnen und die individuelle Lebensleistung werden dabei in der Regel vollkommen ausgeblendet, stattdessen wird ein pauschales Urteil gefällt.

Dieses Verständnis von Gerechtigkeit als Ergebnissgerechtigkeit (und auf nichts anderes läuft der Ruf nach „sozialer

Gerechtigkeit“ hinaus) verkennt, dass der Mensch nicht allwissend ist. Sie überfordert daher notwendig den Staat, weil er bewerten müsste, was sich seiner Kenntnis entzieht. Ergebnissgerechtigkeit und damit de facto absolute Gerechtigkeit auf Erden durch den Staat verwirklichen zu wollen, ist daher eine Illusion. Weil die Menschen nicht allwissend sind, kann es beim Begriff der Gerechtigkeit also nicht um Ergebnissgerechtigkeit, sondern nur darum gehen, ob das Verfahren und die Verfahrensregeln für alle gleich und damit gerecht sind. Das 94er Grundsatzprogramm formuliert daher richtig, dass „Grundlage der Gerechtigkeit ... die Gleichheit aller Menschen in ihrer von Gott gegebenen Würde und Freiheit [ist]. Gerechtigkeit bedeutet gleiches Recht für alle.“ Gerechtigkeit heißt also, sich für jedermann geltenden Verfahrensregeln zu unterwerfen. Zu dieser (Verfahrens-)Gerechtigkeit, also der Gleichheit der Bedingungen, gehört, dass sie zu einer Ungleichheit der Ergebnisse führt.

In der Gesellschaftsordnung der Sozialen Marktwirtschaft ist der Wettbewerb das regelnde und alle Bürger denselben Spielregeln unterwerfende Prinzip. Das Wettbewerbsprinzip akzeptieren wir in Schule und Ausbildung, wo Leistung benotet wird, oder beim Sport wie selbstverständlich und nehmen dabei auch unterschiedliche Ergebnisse in Kauf. Der Staat wacht in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung als Schiedsrichter über die Einhaltung der Spielregeln und setzt sie durch; das Ergebnis des Wettbewerbs nimmt er hin und greift nicht korrigierend ein. Dies muss auch im Wirtschaftsleben gelten. Denn dies ist Gerechtigkeit durch mehr Freiheit.

Freiheitlicher versus vorsorgender Staat

Die Diskussion über dieses Verständnis von Gerechtigkeit führt notwendig zur Rolle des Staates in einer freiheitlichen Gesellschaft. Dabei geht es um die Frage, was der Staat heute noch leisten kann, wo er schon heute überfordert ist und sich selbst beschränken müsste, um nicht weiter an Autorität und Vertrauen zu verlieren. Letztlich geht es um die originären Zuständigkeiten des Staates und damit darum, ob Vater Staat für sämtliche Lebensrisiken der Bürger eintreten soll oder aber ob auf Eigeninitiative, Leistungsbereitschaft und Mündigkeit des Einzelnen setzt.

Daran, dass sich der Staat in den letzten Jahren in vieler Hinsicht übernommen hat, kann kein Zweifel bestehen. Dies zeigen nicht nur die dramatische Verschuldung der öffentlichen Haushalte, sondern insbesondere auch die angeschlagenen sozialen Sicherungssysteme. Der Staat hat zu lange den Eindruck erweckt, soziale Sicherheit im umfassenden Sinne ("Die Renten sind sicher") garantieren zu können und damit eine Erwartungshaltung der Bürger an den Staat mitverursacht, die er nicht einlösen kann. Gleichzeitig fehlt zunehmend das Geld, um originär staatliche Aufgaben zu erfüllen, wie der Schutz der Bürger vor Gefahren von innen und außen, die Sicherung eines qualitativ hochwertigen Schulangebots oder die Erhaltung der öffentlichen Verkehrsinfrastruktur. Wer in Berlin lebt, weiß, wovon die Rede ist. In kaum einem anderen Bundesland manifestiert sich das Versagen des Staates deutlicher als in Berlin, einer Stadt, die sich (in Ost und West) über Jahre hinweg eben nicht auf ihre originären Aufgaben konzentriert hat, sondern vielmehr ein soziales Rundumsorglos-Paket für seine Bürger angefangen von öffentlich bezuschussten Wohnungen bis hin zum staatlich subventionieren Arbeitsplatz stricken wollte.

Worum geht es also? Es geht um den Rückzug des Staates. Es geht um die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft als Grundbedingung für individuelle Freiheit. Es geht um mehr Freiraum für die Entfaltung des Einzelnen. Es geht sicherlich nicht um einen „vorsorgenden Staat“, wie ihn die SPD in ihrer Grundsatzprogrammdiskussion propagiert. Der vorsorgende Staat durchbricht die Trennung von staatlichem und gesellschaftlichem Raum; er nimmt notwendig Aufgaben wahr, die im Bereich der Gesellschaft von den Bürgern grundsätzlich auch selbst (z.B. durch Versicherungsverträge) organisiert werden können – und durch staatliche Leistungen allenfalls flankiert werden. Der vorsorgende Staat oder nennen wir ihn beim Namen: der Wohlfahrtsstaat bevormundet den Einzelnen und schränkt damit seine freie Entfaltung ein.

Ein Ansatzpunkt für die Beschränkung staatlichen Handelns im Bereich der Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik liegt in der bewussten Reduzierung des finanziellen Handlungsspielraumes des Staates. Dies ist ein Ansatz, den im Übrigen bereits Ludwig Erhard angeregt hat, um den wachsenden Einfluss von Interessengruppen und deren Begehrlichkeiten

gegenüber dem Staat zurückzudrängen. Die Haushalte von Bund und Ländern und die Beratungen hierüber sind schließlich ein willkommenes Einfallstor für gesellschaftliche Interessengruppen, um finanzielle Begünstigungen und öffentliche Mittel für ihre Klientel zu erstreiten. Dies zeigt umgekehrt, dass eine bewusste Begrenzung finanzieller Verteilungsspielräume des Staates (z.B. durch die Senkung von Steuern und Abgaben oder zumindest ein striktes Neuverschuldungsverbot und Entschuldungsgebot) die Einflussmöglichkeiten von gesellschaftlichen Interessengruppen auf den Staat und deren Interesse daran mindern. Wo es nichts zu verteilen gibt, wo finanzielle Zugeständnisse zugunsten einzelner Gruppen nicht mehr zu rechtfertigen sind, wird sich keiner einmischen. Wo Steuern und Abgaben gesenkt werden, wo sich der Staat angesichts eingeschränkter finanzieller Handlungsoptionen auf seine Kernaufgaben beschränken muss, sinkt die Erwartungshaltung der Bürger an den Staat und es werden Anreize und Freiräume für unternehmerische Initiative und bürgerschaftliches Engagement neu geschaffen.

In krassem Gegensatz dazu steht die Äußerung von Kurt Beck, mit der aktuellen Steuerlastquote könne die Republik nicht mehr zukunftsfähig gestaltet werden. Hier schimmert altes sozialdemokratisches Denken durch, wonach der Staat am besten wisse, was für die Menschen gut und richtig sei. Sieben Jahre Rot-Grün haben uns eines Besseren belehrt.

Dieser Artikel stammt von Civis mit Sonde

<http://www.civismitsonde.de/>

Die URL zu diesen Artikel ist

<http://www.civismitsonde.de/modules.php?op=modload&name=News&file=article&sid=214>